

# Orchesterfreunde ausgetrickst

von **Dietrich Heißenbüttel**

Datum: 23.07.2014

Eine von SWR-Intendanten Boudgoust einberufene "Geber- und Trägerkonferenz" erbringt die gewünschten Schlagzeilen: "Stiftungsmodell gescheitert." Boudgoust will alles oder nichts, und zwar sofort. "Wir hatten von vornherein keine Chance", sagt Karl-Reinhard Volz von den Freunden des SWR-Sinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg.

In die Debatte um die geplante Fusion der Sinfonieorchester in Stuttgart und Freiburg schien zuletzt ein wenig Bewegung gekommen. Anfang Mai hatte der Freiburger Freundesverein dem Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann mehr als 31 000 Unterschriften überreicht – der sich prompt für unzuständig erklärte. Im Vorfeld der Kommunalwahlen hatte der Freiburger Gemeinderat einstimmig beschlossen, dem Orchester die Miete für das 1996 erbaute Konzerthaus zu erlassen. Theresia Bauer, die grüne Wissenschafts- und Kunstministerin, hatte verlauten lassen, sie halte die Fusion für "grundfalsch" und die Grünen hätten im Rundfunkrat geschlossen dagegen gestimmt. Zu einer Kundgebung in Freiburg, eine Woche vor der Wahl, waren Vertreter aller Parteien erschienen, auch Oberbürgermeister Dieter Salomon. Daraufhin hatte Edith Sitzmann, die grüne Fraktionsvorsitzende im Landtag, einen Runden Tisch gefordert. "Ich freue mich über jede Initiative, die Bewegung in die Sache bringt", verkündete drei Tage vor der Wahl der grüne Kulturstaatssekretär Jürgen Walter.



Protestmarsch zur Orchesterrettung. Foto: Die Orchesterretter

Nun nach der Wahl sieht alles wieder ganz anders aus, vor allem, nachdem Peter Boudgoust die Initiative an sich gerissen hat. Ohne Abstimmung mit dem Verein, der sich seit einem Jahr um eine Stiftungslösung nach dem Modell der Bamberger Symphoniker bemüht, lud der SWR-Intendant am 16. Juli zu einer "Geber- und Trägerkonferenz" und schrieb bereits in die Einladung, es solle nur kommen, wer eine feste Zahlungszusage mitbringe. Zudem müssten an diesem Tag jährliche Beträge in Höhe von elf Millionen Euro auf den Tisch kommen, anders sei die Fusion nicht mehr aufzuhalten. Dabei hatte der SWR bisher lediglich fünf Millionen im Jahr bis 2020 einsparen wollen. Und selbst ob dies überhaupt erreichbar ist, ist keinesfalls erwiesen. Realistisch seien maximal zweieinhalb bis drei Millionen, sagt Karl-Reinhard Volz, Sprecher des Freundesvereins. Viele ältere Musiker wollten sich nicht einfach in den Vorruhestand schicken lassen.

Seit einem Jahr ist Volz unermüdlich unterwegs. Er spricht mit Privatleuten, Unternehmern und Politikern auf allen Ebenen, bis hin zu den kleineren südbadischen Gemeinden und Landkreisen, um sie für eine Zustiftungslösung zu gewinnen. Acht Wochen nach der Wahl, so Volz, hätten sich die Gemeinderäte noch kaum konstituiert. Viele hätten sich durch Boudgousts Ansage abschrecken lassen, nur wer Geld mitbringe, sei willkommen. Bei ihnen ging es um kleinere Beträge, zwischen 10 000 und 30 000 Euro für Veranstaltungen vor Ort. Aber auch Kleinvieh macht Mist: 380 000 Euro jährlich an privaten Zusagen hatte der Verein bereits eingeworben. Durch den Erlass der Konzerthausmiete kamen weitere 340 000 Euro zustande. Mit rund 200 000 Euro weiterer Zuwendungen aus den Kommunen und Kreisen Südbadens und einem vom Land versprochenen "Schlussstein" – informell war die Rede von einer bis 1,5 Millionen Euro – könnte bereits heute die Summe zustande kommen, die der SWR bis 2020 real einsparen kann, rechnet der Sprecher der Initiative vor.

## **Kein Geld für Freiburg, aber 300 Millionen für Stuttgarts Oper**

Mit Bamberg ist der Fall in mancher Hinsicht vergleichbar. 2003 hatte der Bund den Symphonikern die Zuschüsse gestrichen. Daraufhin übernahm eine Stiftung die Finanzierung, getragen vom Land Bayern, der Stadt Bamberg, dem Landkreis und dem Bezirk Oberfranken. Der Unterschied: Der CSU-Freistaat wollte damals ein Signal an die Adresse des rot-grünen Berlin senden, aber auch an den fränkischen Landesteil, der gegenüber München immer leicht ins Hintertreffen gerät. In Baden-Württemberg nimmt dagegen die grüne Hochburg Freiburg Rücksicht auf die grün-rote Landesregierung, die sich wiederum mit Verweis auf die Autonomie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht in die Angelegenheiten des SWR einmischen will. Mit Bitterkeit registrieren die Freiburger nun, dass veranschlagte 300 Millionen für die Renovierung des Stuttgarter Opernhauses für die Landesregierung offenbar kein Problem darstellen.

Die elf Millionen, die Boudgoust gefordert hatte, waren natürlich nicht erreichbar, sonst hätte es eine Konferenz nicht gebraucht. Tatsächlich war es dem Intendanten darum gegangen, zwei Tage vor der Rundfunkratssitzung am 18. Juli ein Argument an die Hand zu bekommen, um die Öffnungsklausel zu kippen, die im Beschluss von 2012 noch enthalten war. Und der Rundfunkrat spielte mit. "Es war eine Falle", sagt Friedrich Schoch, der Freiburger Jurist, der das

Stiftungsmodell ins Spiel gebracht hat. Vielleicht war es ein taktischer Fehler, die Geber- und Trägerkonferenz zu boykottieren, räumt Karl-Reinhard Volz ein. Aber: "Wir hatten von vornherein keine Chance."



Kabarettist Matthias Deutschmann und Freiburgs Oberbürgermeister Dieter Salomon. Foto: Die Orchesterretter

Zur Erinnerung: Die Fusion war 2012 mit der Finanzlage begründet worden, die angesichts der erst 2013 eingeführten neuen Haushaltsgebühr angeblich noch nicht genau kalkulierbar war. So kam die Öffnungsklausel ins Spiel: um nämlich "bei einer wesentlichen Änderung der Geschäftsgrundlage" die Angelegenheit erneut aufgreifen zu können. Schon damals kursierte der Verdacht, Boudgoust müsse die wahren Zahlen kennen. Hat er den Rundfunkrat getäuscht? Später hat sich jedenfalls herausgestellt, dass die Haushaltsgebühr jährlich eine Milliarde mehr in die Kassen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks spült – für den SWR sehr viel mehr, als beide Orchester kosten. Dennoch hat der Rundfunkrat nun die Öffnungsklausel gestrichen: An der Ausgangslage soll sich nichts geändert haben. Wo sind aber dann diese vielen zusätzlichen Millionen?

## **Sind vor dieser Politik die Donaueschinger Musiktage sicher?**

Natürlich kann man streiten, ob der Rundfunk für die Finanzierung von Sinfonieorchestern zuständig sein soll, wie dies seit der Nachkriegszeit immer der Fall war. Wenn er diese Aufgabe abgibt, stellen sich allerdings zwei Fragen. Die erste betrifft den Kulturauftrag: Man kann nicht sagen, dass der SWR diesen nicht mehr erfüllt, es gibt ja den Sender SWR 2 Kultur.

Unübersehbar ist aber auch, dass der Rundfunk Kulturaufgaben, die er bisher getragen hat, nicht länger wahrnehmen will.

Heute beteuert der SWR, dass die Donaueschinger Musiktage nicht in Frage stehen – aber was sind solche Aussagen nach dieser Fusion noch wert? Einklagbar sind sie nicht. 37 von 168 Orchestern sind in Deutschland seit 1989 von der Bildfläche verschwunden. Wenn der Betrieb eines Orchesters nicht zu den eigentlichen Aufgaben des Rundfunks gehört, müssen einige der renommiertesten Klangkörper auf kurz oder lang um ihre Existenz bangen. Sage keiner, dies sei

Schwarzmalerei. Wer das Freiburger Orchester opfert, dem ist nichts heilig. Die andere und wichtigere Frage muss daher lauten: Wer soll sich um die Bereiche kümmern, aus denen der Rundfunk aussteigt? Privatpersonen, wie Salomon und Walter zu suggerieren scheinen, können solche Aufgaben nicht schultern. Es ist eine kulturpolitische Frage, die folglich einer politischen Diskussion bedarf. Andernfalls wird es mit der einzigartigen deutschen Orchesterlandschaft, die zu Recht auf der Vorschlagsliste des immateriellen Weltkulturerbs steht, bald vorbei sein.

Dieter Salomon und Jürgen Walter schieben nun den Schwarzen Peter den Orchesterfreunden zu. Salomon: "Ich habe vorher keinen Euro gesehen. Und nachher auch nicht." Walter: "Ich hätte mir gewünscht, dass ernsthafte Summen auf den Tisch kommen." Das ist zynisch. Wenn der Rundfunk sich aus der Finanzierung grundlegender Aufgaben zurückzieht, kann allenfalls die öffentliche Hand einspringen. Es geht nicht um die Autonomie des Rundfunks, sondern um die politische Verantwortung für ein Leuchtturmprojekt – wenn dieser abgegriffene Begriff irgendeinen Sinn haben soll – und für die kulturelle Bildung. Diese Diskussion wurde nicht geführt. Ernsthafte Summen hätten vor allem von Freiburg und dem Land kommen müssen, die gezögert haben, sich ihrer Verantwortung zu stellen.

Kommentare:

**Dietrich Heißenbüttel, 24.07.2014 00:13**

Sehr geehrter Herr Utz,

Sie meinen der Rundfunk ist gezwungen, gleichzeitig zu sparen und Rücklagen anzulegen? Das erschließt sich meinem ökonomischen Verständnis nicht. Auf wie lange sollen denn die Rücklagen nicht angetastet werden dürfen? Zur Erinnerung: die Fusion soll von 2016 bis 2020 vollzogen werden und am Ende erst fünf Millionen Einsparungen erbringen.

Und warum war im ursprünglichen Beschluss eine Öffnungsklausel enthalten? Doch wegen der - so wurde es damals behauptet - nicht voraussehbaren Entwicklung der Einnahmen nach Umstellung auf die Haushaltsgebühr. Jetzt sind die Mehreinnahmen da, aber die Öffnungsklausel fällt. Können Sie mir das erklären?

---

**PPP, 23.07.2014 21:23**

Die "öffentlich-rechtliche" Anstalt SWR hat also einen "Unternehmenssprecher". Soso.

Als Zwangsgebührenzahler, der zusammen mit anderen Zwangsgebührenzählern 84% der SWR-Erträge erwirtschaftet (ja, wir erwirtschaften diese Erträge, zuletzt 975.005.269 Euro jährlich! - also beleibe nicht der SWR und schon gar nicht Herr Boudgoust), habe ich ein Anrecht darauf zu erfahren, ob diese 84% der Erträge in den kulturellen Auftrag des SWR fließen oder für andere Zwecke ausgegeben werden. In eigenwirtschaftlichen oder gar gewinnorientierten Bereichen haben sie aus meiner Sicht nichts zu suchen.

Als ein Public-Private-Partnership (PPP) -geplagter Steuerzahler verlange ich Aufklärung, besonders, nachdem Herr Boudgoust für das Kulturprogramm SWR2 bis 2020 eine Kürzung des Etats um ein Viertel gegenüber 2010 angekündigt hat.

Also los, Herr Unternehmenssprecher, bitte mal die Aufwendungen sauber durchstrukturieren lassen und öffentlich-rechtlich darstellen!

---

**Ulrich Frank, 23.07.2014 16:14**

@Wolfgang Utz, SWR-Unternehmenssprecher, 23.07.2014 11:16h

Sehr geehrter Herr Utz,

selbst wenn ich Ihnen glaube - was die Zuteilung der Mehreinnahmen durch die unverschämte HaushaltsZWANGSgebühr betrifft - jawohl, man darf die Sache beim Namen nennen - : wieso wehren Sie und Herr Boudgoust sich nicht dagegen? Sie und Herr Boudgoust scheinen mehr Stärke darin zu haben rationalisierend nach unten zu treten als darin Interessen von Kulturschaffenden und interessierten Bürgern - und den Geist der einen Rundfunkstaatsvertrag überhaupt erst rechtfertigt - zu vertreten.

Die "Verschissenheit" des Gewissens der swr-Verantwortlichen - und eine gehörige Portion Hinterlistigkeit - kommen doch sehr deutlich zum Ausdruck in der Gewundenheit mit der die Sache betrieben wurde insbesondere von Seiten des Herrn Boudgoust (der dann so tat als ob das mit den Orchestern so geschehen müßte obwohl er die ganze Zeit der Haupttreibende war) und in der dürren Zugrabetragung: in kaum drei Sätzen wird in der ominösen swr-"Landesschau" das letztendliche Scheitern der Bemühungen um die Orchester verkündet. Unmittelbar im Anschluß an die zwei bis drei Sätze erfolgt ausführliche Vor-Ort-Reportage über ein "Sport"spektakel - war es das Truckrennen über welches breitest, mit Interview eines Piloten berichtet wurde, oder die Reportage auf 100% Boulevard-Niveau über den lächerlichen Hahnenkampf der Mercedes-Formel 1-Piloten?

Diese dem Auftrag der Grundversorgung (den Sie und Herr Boudgoust offensichtlich nicht kapiert haben) und im weiteren Sinn der Erhaltung von Kulturgütern vollkommen widersprechenden swr-Sendeinhalte nehmen einen großen Teil der swr-Nachrichten ein und kosten ebenfalls eine Menge GEBÜHRENGELD. Hierüber reden Sie nicht, Herr Utz, hierüber halten Sie den gewieften Sprecher-Schnabel! Auch nicht über den administrativen Wasserkopf und Parteivertreter-Durchsetztheit und Medienberater-Dotierung. Wofür wird Herr Boudgoust eigentlich fürstlich bezahlt? Es wird immer nur geklagt, auf hohem Niveau. Letztendlich lebt man in den diversen hochdotierten Intendanturen doch ganz gut, nicht wahr?

Daß dem swr das Geld fehlt, dem widerspricht auch einen Aussage eines ehemaligen swr-Mitarbeiters anlässlich einer Podiumsdiskussion: "der swr schwimmt im Geld". Wenn das aktuell nicht mehr so ist - wieso wurden nicht schon früher Rücklagen gebildet?

Ihre Aussagen, Herr Utz, entsprechen leider dem Standard von typischen - hochbezahlten - "Pressesprechern": ausweichen und um den heißen Brei herumreden. Hat Herr Boudgoust Sie hier vorgeschickt weil er sich doch noch etwas schämt?

Wir warten auf die Qualitätsoffensive: wie vor kurzem von Ihrer Landessendedirektorin verkündet - ich durfte

das miterleben - soll diese ja bereits im Schwunge sein. Man hat aber noch rein gar nichts gemerkt davon, und die gestrigen Beiträge über die Anmästung von Stuttgart 21 durch Boudgoust-Parteifreund Stefan Mappus kamen auch erst nachdem andere Medien bereits längst darüber berichtet hatten.

Ihre Replik taugt nur zum Sand-in-die Augen-streuen, Herr Utz.

---

**tillupp, 23.07.2014 12:19**

Mit einem vernünftigen Marketing rechnen sich Orchester. Die Orchester-Übertragungen in CineMaxx-Kinos gibt es ja schon. Wie wäre es mal mit dem Versuch Orchesteraufnahmen für Planetarien zu produzieren. Orchesterklang wie vom Dirigentenpult, in jeder "Ecke" der Kuppel ein anderes Instrument, Stereo "de Luxe". Die Pauken, Geiger, Trompeter, Holzbläser,.. als würde man daneben sitzen. Die Leute (und die Einnahmen) würden Strömen, ich bin mir ziemlich sicher. Wahrscheinlich wäre es sogar ein Exportschlager "Die Deutsche Planeto-phon".

---

**Wolfgang Utz, SWR-Unternehmenssprecher, 23.07.2014 11:16**

Sehr geehrter Herr Heißenbüttel,

gerne beantworte ich die in Ihrem Artikel „Orchesterfreunde ausgetrickst“ gestellte Frage, wo die vielen zusätzlichen Millionen sind, die der SWR angeblich durch die von Ihnen so genannte Haushaltsgebühr erhalten habe. Die Mehrerträge aus dem neuen Rundfunkbeitrag, also die zusätzlichen Einnahmen, die über den von der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) anerkannten Finanzbedarf hinausgehen, stehen den Rundfunkanstalten überhaupt nicht zur Verfügung. Sie werden in eine Rücklage eingestellt, über die die Anstalten nicht verfügen dürfen. Und noch ein paar Fakten, die Ihre Argumentationskette etwas stören dürften:

Schon seit Jahren erhält die ARD keinen Ausgleich für die Teuerung. Der Rundfunkbeitrag ist seit 2009 auf dem Betrag von 17,98 Euro eingefroren; ab 2015 soll der Beitrag erstmals gesenkt werden auf dann 17,50 Euro.

Gleichzeitig geht die Binnenverteilung der Beitragsgelder fortgesetzt zu Lasten der ARD und zugunsten von ZDF und Deutschlandradio. In ihrem gerade vorgelegten 19. Bericht hat die KEF den Finanzbedarf der ARD so stark gekürzt, dass die ARD bis Ende 2016 mit noch einmal 106,3 Millionen Euro weniger auskommen muss als noch im vergangenen Jahr geplant.

Und noch ein Fakt: Der SWR verfügt heute nur noch über etwa 90 Prozent der Kaufkraft wie noch im Jahr 2005.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Utz

SWR-Unternehmenssprecher

---

**FernDerHeimat, 23.07.2014 05:59**

"Wir können alles." Ausser einer Kulturpolitik jenseits von Filz und Inkompetenz.